

Der vaterländische Hilfsdienst.

Aus dem Reichshaushaltsauschuß.

In der heute, Dienstag vormittag, fortgesetzten Beratung des Reichshaushaltsauschusses machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß es schwierig sein werde, eine gesetzliche Form für die Entschädigung zu finden. Andererseits lasse sich nicht verkennen, daß eine Entschädigung gezahlt werden müsse, mindestens in den Fällen, wo ein Betrieb zugunsten eines anderen Betriebes geschlossen werde. Die Regelung solle man dem geplanten Ausschuß überlassen. Ein fortschrittlicher Redner stimmt dem zu und wünscht, daß bei Gelegenheit dieses Gesetzes alle Preise und Lieferungsverträge nachgeprüft werden. Die Gewinne könne man nur im Wege der Besteuerung treffen. Natürlich müssen die Unternehmer Mittel behalten, um die notwendige Umstellung auf die Friedensarbeit vorzunehmen zu können. Als Mangel hat sich herausgestellt, daß man die Fabrikanten allein in den Kriegsgesellschaften organisiert hat; der unparteiischste Mensch bei dieser ganzen Sache ist aber der Handelsagent. Man ist mißtrauisch bezogen, aber in der Tat stehen diese Männer zwischen der Produktion und dem Konsum, sie haben den besten Ueberblick. Sie sollte man heranziehen, auch Handels- und Handwerkskammern usw. sollte man befragen, wenn es sich um die Festsetzung der Entschädigungen handelt.

Die Entschädigung für stillgelegte Betriebe.

Ein Zentrumsabgeordneter meint, die meisten Entschädigungen könnten so geregelt werden, daß die gesamten Fabriken einer Branche zu einem Zwangs-syndikat zusammengefaßt und veranlaßt werden, in sich die Entschädigungen festzusetzen. Auch die kleinen Handwerker und sonstigen Einzelergibtungen muß man entschädigen, wenn sie zerstört werden. Hier könnte der 400-Millionen-Fonds für die Arbeitslosenunterstützung eingreifen.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Wir werden natürlich die Handelskammern und die Fachvereine hören müssen. Zur Gesetz und in den Richtlinien ist von Schließung oder Zusammenlegung von Betrieben keine Rede, sondern nur von den Bedingungen, unter denen Arbeitskräfte herausgeholt werden können. Muß dann ein Betrieb stillgelegt werden, dann ist das eine Folge des Gesetzes, nicht der erste Schritt, und da muß eben der Weg der Verhandlung beschritten werden. Die Großindustrie ist schon in großen Organisationen zusammengefaßt, die Verbindung mit dem Kriegsministerium ist sehr eng, sie lebt von den Bestellungen des Reiches; hier wird eine etwa notwendige Stilllegung im Wege der Vereinbarung leicht durchführbar sein. Auch bei Kleinbetrieben läßt sich das machen. Man soll sich überhaupt nicht vorstellen, daß nun alles auf den Kopf gestellt wird. Es ist erstaunlich, wie sich unsere Industrie bis jetzt schon auf die Kriegsproduktion eingestellt hat. Das wird sich auch nun wieder zeigen. Auch die Verpflanzung von Arbeitern soll nach Möglichkeit vermieden werden, indem wir die Arbeit zu den Arbeitern bringen. Bei den kleinen Existenzen wird das Krlegsamt zu erwägen haben, ob die Kosten der Umstellung nicht überhaupt den erhofften Gewinn übertreffen. Man wird deshalb keineswegs jeden Kleinhändler zur Stilllegung seines Betriebs zwingen, sondern wird sehr schonend vorgehen. Der Reichstagsauschuß wird auch dabei ein Wort mitzureden haben. Die Entschädigungsfrage sollte nicht in das Gesetz hineingeschrieben werden. Bei größerer Arbeitslosigkeit haben wir den 400-Millionen-Fonds; auch in allen anderen Fällen wird man helfen. Die Regierung wird in Verbindung mit dem Ausschuß alles aufs beste regeln.

Schonung der kleinen Existenzen.

General Gröner: Es liegt weder eine militärische, noch eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit vor, sozusagen das Unterste zu oberst zu kehren. Wir denken gar nicht daran, die kleinen Existenzen zu vernichten.

Ein Redner der Deutschen Fraktion begrüßt diese Erklärung und meint, daß die Bekanntgabe, um wieviele Fabriken es sich überhaupt handelt, schon zeigen würde, daß die Veränderungen in der Volkswirtschaft gar nicht so gewaltig sind, wie manche glauben. Durch Uebernahme des Risikos der Munitionsfabriken gegen Zerstörung könnten die Preise der Erzeugnisse erheblich herabgesetzt werden. Die Kriegsgewinnsteuer nimmt doch heute schon die Hälfte des Gewinns weg.

Der Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft fordert Uebernahme aller für das Heer arbeitenden Betriebe in die Reichsverwaltung, wogegen sich der Staatssekretär wendet.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Es sollen aus denjenigen Industrien, die heute nur wenige Stunden am Tage arbeiten, die Arbeiter einer vollen Arbeit zugeführt werden. Damit wird die Voraussetzung für die Arbeitslosenunterstützung natürlich hinfällig, sie kann aber erst dann eingestellt werden, wenn die neue Arbeit nachgewiesen und angenommen ist. Die Arbeiter sollen nach diesem Gesetz nicht anders behandelt werden wie die Unternehmer. Es soll die Munitionsherstellung gesteigert werden und dazu brauchen wir die Betriebe.

Ein Zentrumsabgeordneter stellt fest, daß Entschädigung als notwendig allgemein anerkannt wird, die Einzelheiten aber nicht in das Gesetz aufgenommen, sondern dem Ausschuß überlassen werden sollen. Die wertvollen Erklärungen der Regierungsvertreter in dieser Frage sollten im Reichstage wiederholt werden.

Es wird darauf der Entwurf eines Gesetzes im Umdruck verteilt, der versucht, die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen zusammenzufassen.

Fürsorge für brotlos werdende.

Ein nationalliberaler Abgeordneter verlangt Fürsorge für die durch die Anwendung des Gesetzes brotlos werdenden Angestellten.

Ein Zentrumsredner weist auf die besonders schweren Folgen einer Stilllegung oder Zusammenlegung derjenigen Betriebe hin, die ihre Gebäude, die Kraft, die Maschinen gemietet haben. Die alten Arbeiter, Invaliden usw. müssen unterstützt werden, auch wird wohl eine große Arbeitslosigkeit entstehen, wenn die Munitionsfabriken mal wieder abgebaut werden. Dafür muß vorgesorgt werden, denn sonst könnten gerade diese Leute, die viel gearbeitet haben, dem Hunger anheimfallen. Es soll Waffenbetriebe geben, die trotz aller Vorstellungen, ihre Preise den Bedürfnissen anzupassen, sich nicht veranlaßt sehen, mit den Preisen herunterzugehen. Dies sind Monopolindustrien. Da muß scharf eingegriffen werden.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Eine allgemeine Erklärung kann ich heute wohl noch nicht abgeben, aber die Frage wird natürlich untersucht werden. Die rückwandernden Arbeiter sind allerdings in der Gefahr der Arbeitslosigkeit, aber dieses Problem steht nicht allein. Es bezieht sich auch auf die Arbeiter, die jetzt an der Front stehen. Da wird rechtzeitig eingegriffen werden müssen. Bei der Ueberführung in die Friedenswirtschaft ist dies alles mitzubehandeln. Die Nachfrage nach Friedenswaren wird voraussichtlich sehr groß sein; wenn es gelingt, Rohstoffe in genügender Menge heranzuschaffen, dann wird auch die Frage der Arbeitslosigkeit an Schärfe verlieren.

Darauf vertagt sich der Ausschuß bis nachmittags.